

## Aus dem Plenum

Die Abgeordneten des Thüringer Landtags kamen vom 23. bis zum 25. März zur Plenarsitzung zusammen. Dabei erörterten sie zahlreiche Gesetzentwürfe und Anträge. Eine fraktionsübergreifende Debatte löste die Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht am Donnerstagvormittag aus. In ihrer Rede setzte sie sich mit den dramatischen Ereignissen in Japan auseinander und stellte die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für die Energiepolitik im Freistaat vor. Nach einer intensiv geführten energiepolitischen Diskussion stimmte die Mehrheit der Abgeordneten für den Antrag von CDU, DIE LINKE, SPD und FDP, „Zur aktuellen Lage in Japan

– Folgerungen für eine nachhaltige Energiepolitik im Freistaat Thüringen“. Der Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, „Für einen unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomenergie - konsequenter Ausbau der Erneuerbaren Energien“ wurde vom Plenum nicht angenommen. Neben der Debatte über die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energiewende stimmten die Parlamentarier über verschiedene Gesetzesanträge ab. So wurde u. a. mit den Stimmen der schwarz-roten Regierungskoalition das siebte Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes verabschiedet. Fortan sind alle Gemeinden im Freistaat verpflichtet, Straßenausbaubeiträge zu

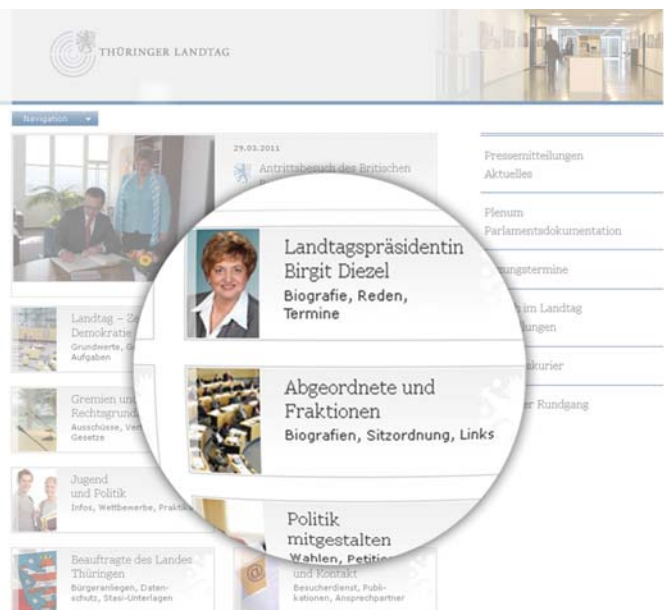
erheben. Eine Ausnahme von der Beitragspflicht tritt nur in Kraft, wenn Kommunen kaum verschuldet sind.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde das Gesetz über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbssteuer in zweiter Beratung im Plenum debattiert und beschlossen. Eine Mehrheit der Abgeordneten sprach sich somit für die Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 Prozent auf 5 Prozent aus.

Die FDP-Fraktion forderte in ihrem Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen eine Schuldenbremse in der Verfassung. Das Plenum überwies den Antrag in den Haushalts- und Fi-

nanzausschuss. In der aktuellen Stunde thematisierte die CDU-Fraktion die Agrarpolitik. In ihrem Antrag „Landwirtschaft nachhaltig weiterentwickeln – aktiv für Thüringen an Europäischer Agrarpolitik mitwirken“ setzte sie sich für die Interessen der Thüringer Bauern ein. Die Fraktion der SPD brachte das Thema „Stärkung der Schulsozialarbeit durch die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabeaspekts in Thüringen“ ein. Im Nachgang des 100-jährigen Jubiläums des Internationalen Frauentages forderte DIE GRÜNEN-Fraktion in ihrer aktuellen Stunde „Frauen verdienen 100 Prozent – gleicher Lohn und gleiche Anerkennung nicht nur am Frauentag“.

## Thüringer Landtag präsentiert sich mit neuem Internetauftritt



Im frischen Design stellt sich der Thüringer Landtag seit dem 28. März auf seinen neu gestalteten Internetseiten vor. Unter [www.thueringer-landtag.de](http://www.thueringer-landtag.de) können sich die Bürgerinnen und Bürger über die Thürin-

ger Politik und die Arbeit des Landesparlaments informieren. In verschiedenen Rubriken findet sich Wissenswertes über die Fraktionen und Abgeordneten, die Funktionsweise des Landtags als auch über Gremien und

Rechtsgrundlagen. Die Bereiche Jugend und Politik sowie Politik mitgestalten ermuntern zum politischen Engagement. Im Live-Stream können die Plenardebatten zeitgleich miterlebt werden. „Mit der neuen Homepage stellt sich der Thüringer Landtag als offenes und bürgernahes Parlament dar“, so Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU). „Der neue Internet-Auftritt leistet einen Beitrag zur Transparenz der Politik und zum Verständnis demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Die Menschen in unserem Land können sich

auf den Internetseiten des Parlaments über Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung informieren und zum Engagement anregen lassen. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, den Thüringer Landtag zu besuchen – sei es auf einem virtuellen Rundgang mithilfe unserer Homepage oder bei einer Führung durch das Landtagsgebäude“, so die Landtagspräsidentin. Die neue Internetpräsentation ist barrierefrei - zertifizierungsbestätigt durch die Prüfstelle „Barrierefrei informieren und kommunizieren“ (BIK) Hamburg.

### Gedenken an die Katastrophenopfer in Japan

Zu Beginn der Plenarsitzung am Mittwoch, dem 23. März, gedachten die Abgeordneten des Thüringer Landtags mit einer Schweigeminute der Opfer der Natur- und Nuklearkatastrophe in Japan. „Die Bilder aus Japan zeigen uns, wie hilflos die Menschen solchen Naturkatastrophen gegenüberstehen“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU). „Wir können nur erahnen, welches unendliche Leid und welcher unerträglicher Schmerz die Einwohner der betroffenen Gebiete ertragen müssen. Wir denken an die Menschen und trauern mit ihnen.“

## Kurz gemeldet

Anlässlich 100 Jahre Frauentag am 8. März nahm Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) an einer Festveranstaltung der Bundespolizeiinspektion Pirna teil und würdigte in ihrem Festvortrag das Jubiläum des Internationalen Frauentages. +++ Anlässlich der Amtseinführung des neuen Beauftragten der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Oberkirchenrat Christhard Wagner, nahm Landtagspräsidentin Birgit Diezel am 10. März an einem Festgottesdienst im Erfurter Augustinerkloster teil. In ihrer Rede wünschte sie Herrn Wagner viel Erfolg für sein neues Amt. +++ Am 23. März fand der Parlamentarische Abend des Verbands der Ersatzkassen im Thüringer Landtag statt. Die Abgeordneten tauschten sich mit den Vertretern des Verbandes über aktuelle Themen der Gesundheitspolitik wie beispielsweise der Sozialwahl im Juni 2011, das neue Vorsorgegesetz oder die Pflegereform aus.

## Aus der Arbeit der Ausschüsse

### Ausschuss für Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten

#### Ungarischer Botschafter informiert über Ziele der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft

Anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft informierte der ungarische Botschafter, S.E. Dr. József Czukor, in einer öffentlichen Anhörung am 18. März die Mitglieder des Ausschusses für Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten über die Schwerpunkte der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft und ihre möglichen Auswirkungen auf Thüringen. Während der halbjährigen Amtszeit verfolgt das osteuropäische Land vor allem wirtschaftspolitische Ziele wie die Stärkung des ökonomischen Wachstums, die Steuerung von Beschäftigungsmöglichkeiten und auch die engmaschigere Kontrolle und Koordinierung der Haushalts-

politik in den EU-Mitgliedstaaten. Angesichts aktueller Ent-

wicklungen stehen die Stabilisierung des Euro und die Begrenzung der nationalen



wicklungen stehen die Stabilisierung des Euro und die Begrenzung der nationalen

verschuldung, insbesondere gegenüber dem Ausland im Fokus der Ratspräsidentschaft. „In guter Tradition wurde der Ausschuss über die Ziele der un-

garischen Ratspräsidentschaft informiert. Die Anhörung des Botschafters verdeutlicht die Kompetenz nationaler Landesparlamente in Bezug auf europapolitische Fragestellungen. Zudem sind Regionen wie der Freistaat Thüringen immer mehr von EU-Entscheidungen betroffen, so dass es wichtig ist, die Regionen in Europa über die Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft zu informieren“, so der Ausschussvorsitzende Ralf Hauboldt (Die LINKE) über die Anhörung.

Ferner sagte der Botschafter Thüringen bei den Bemühungen um eine angemessene Fortführung der EU-Regionalförderung zu.

### Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

#### Landkreis Schmalkalden/Meiningen und Greiz sollen Optionskommunen werden

In seiner Sitzung vom 15. März beschäftigte sich der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit mit der Umsetzung der SBG II-Organisationsreform.

Die Reform sieht die Schaffung von Jobcentern vor, die künftig anstelle der nicht verfassungsgemäßen ARGEN die Betreuung der Hartz IV-Empfänger

übernehmen sollen. Bisher gibt es in Thüringen zwei der sogenannten ‚Optionskommunen‘, den Landkreis Eichsfeld und die kreisfreie Stadt Jena. Zusätzlich haben sich nun vier weitere Landkreise beworben, um als ‚Optionskommune‘ in Eigenverantwortung Hartz IV-Empfänger zu betreuen. Aufgrund einer bundesweiten Kon-

tingentierung steht diese Organisationsreform jedoch nur zwei weiteren Thüringer Kommunen zu. Nach vorher festgelegten Kriterien fiel die Wahl auf die Landkreise Schmalkalden/Meiningen und Greiz. Die Bewerbungen von Sonneberg und Nordhausen fanden keine Berücksichtigung, wobei auch diese beiden Kreise grundsätzlich geeignet sind.

„Die Ausschussmitglieder baten die Landesregierung, sich aktiv darum zu bemühen, den beiden jetzt nicht berücksichtigten Thüringer Kommunen die Möglichkeit zur Nachmeldung zu eröffnen, falls andere Bundesländer ihr Kontingent nicht ausschöpfen sollten“, so der stellvertretende Ausschussvorsitzende Rolf Baumann (SPD) abschließend.

## Ausstellungen im Landtag

### PresseFoto Hessen-Thüringen 2010 im Landtag

„Fotografien erheben den Anspruch, wahrhaftige Abbilder des Geschehens zu sein“, so Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU). Die diesjährigen Siegerfotos des Wettbewerbs PresseFoto Hessen Thüringen 2010 sind genau dies: ein Abbild des Geschehens, ein Abbild des Lebens in Hessen und Thüringen. Die prämierten Bilder zeigen Szenen wie das junge Mädchen, das flankiert von zwei Polizisten fast schon trotziger eine Friedensfahne in den Händen hält oder den Feuerwehrmann, der vor einem in Flammen stehenden Haus seinen Durst stillt.

„Fotos sind Zeugen des Augenblicks“, so Frau Diezel. „Doch auch die Fotografie ist manipulierbar. Angesichts einer Fülle gekonnt inszenierter Motive besteht die Herausforderung für Fotojournalisten mitunter darin, in der Dokumentation des scheinbar Beiläufigen den Wahrheitsanspruch ihres Mediums einzulösen“, so die Landtagspräsidentin

weiter. „Die besten Bilder des Jahres 2010 verbinden ästhetischen Anspruch mit hohem Informationsgehalt. Sie bieten uns einen unverstellten Blick auf Menschen und Ereignisse des vergangenen Jahres. Besonders freut es mich, dass mit Carl-Heinz Zitzmann und Stefan Thomas auch zwei Thüringer Fotojournalisten zu den diesjährigen Preisträgern zählen.“

Der Fotowettbewerb der Landesverbände Hessen und Thüringen des Deutschen Journalistenverbandes ruft bereits im vierten Jahr Journalisten der benachbarten Bundesländer auf, das aktuelle Geschehen in Hessen und Thüringen zu dokumentieren. Die Ausstellung PresseFoto Hessen-Thüringen 2010 mit insgesamt 55 prämierten Fotos gastiert zurzeit im Thüringer Landtag und wird dort noch bis zum 25. April zu sehen sein.

Die Ausstellung ist Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

### Thüringer Imker präsentieren ihre Arbeit

Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) begrüßte am Rande des Plenums am 24. März Thüringer Imkerinnen und Imker im Landesparlament. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Landesverbands Thüringer Imker, Frank Reichardt, eröffnete sie die Ausstellung über die Arbeit der Imker im Freistaat. Im

Fokus der Präsentation standen dabei die Bienenhaltung und ihre ökologische Bedeutung. Außerdem konnten sich die Besucher über die historische Entwicklung der Imkerei, mittelalterliche Imkertrachten und moderne Honigverarbeitungsgeräte informieren.



Parlamentarier informieren sich am Ausstellungsstand



Große Sympathien für Thüringen: Rund 1200 Gäste nahmen am Jahresempfang 2011 der CDU-Landtagsfraktion in der Erfurter Messehalle teil. Als prominenter Festredner folgte Friedrich Merz der Einladung des Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring und outete sich als großer Fan Thüringens. Videos zum Jahresempfang in unserer Mediathek auf [www.cdu-landtag.de](http://www.cdu-landtag.de).

## Keine Haushalte auf Pump mehr

Der Thüringer CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring begrüßt das klare Votum der hessischen Wähler für eine Schuldenbremse in der Verfassung des Landes. „Die Bürger haben beeindruckend deutlich signalisiert, dass sie Landeshaushalte auf Pump nicht weiter wollen“, so Mohring wörtlich. Der Fraktionsvorsitzende hat im vergangenen Dezember eine Konsolidierungsvereinbarung für Thüringen vorgeschlagen, deren zentraler Baustein eine Schuldenbremse in der Verfassung des Freistaats ist.

Zurzeit enthält lediglich die Thüringer Landeshaushaltsordnung (LHO) eine Schuldenbremse, deren Mechanismen weitgehend der jetzt angenommenen hessischen Verfassungsänderung entsprechen. „Wir wollen diese Bremse in unsere Verfassung schreiben, damit sie nicht mit einfacher Mehrheit geändert werden kann und zukünftige Haushaltsgesetzgeber daran gebunden sind“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende. Die einfachgesetzliche Schuldenbremse stehe für seine Fraktion nicht zur Disposition.

## Gemeinsamen Unterricht in Gemeinsamkeit entwickeln CDU fordert behutsame Gangart auf Weg zu integrativem Bildungssystem

Die CDU-Fraktion fordert eine behutsame Gangart auf dem Weg zu einem integrativen Bildungssystem. „In einem integrativen Bildungssystem muss konsequent vom Kind her gedacht werden. Angesichts dieses Maßstabs ist gemeinsamer Unterricht kein Selbstzweck“, sagte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Emde. Das Thema des integrativen Unterrichts müsse intensiv im Gespräch mit Eltern und Lehrern erörtert werden. Der Bildungsprozess bei Kindern mit beson-

derem Förderbedarf verlange viel Sorgfalt und Verlässlichkeit.

Die Integration von Menschen mit Behinderungen und ihre integrative Beschulung fordert nach Meinung des Bildungspolitikers Land, Kommunen, Schulträger, Lehrer, Eltern- und Behindertenvertretungen gemeinsam heraus. „Ein Konsens, der alle Schularten und Bildungsbereiche umfassen muss, lässt sich nur auf einer breiten Basis herstellen“, so Emde.

Emde weiter: „Auch beim Aus-

bau des gemeinsamen Unterrichts, zu dem wir uns bekennen, brauchen wir Förderzentren als Lern- und Kompetenzzentren weiterhin. Ein Absinken der Förderqualität dürfen wir uns im Interesse der Kinder mit besonderem Förderbedarf nicht leisten. Jedes Kind geht nur einmal zur Schule.“ Die CDU setze sich auch dafür ein, dass Entscheidungen über den Lernort nicht über die Köpfe der Eltern hinweg fallen können. „Sie tragen die Kernverantwortung für ihre Kinder“, unterstrich Emde.

## Neuer Vorsorge-Ratgeber herausgegeben



Die CDU-Fraktion hat einen neuen Vorsorge-Ratgeber herausgegeben. Die Broschüre gibt Hilfestellungen bei Situationen, in denen man persönliche Angelegenheiten aufgrund von unvorhergesehener Erkrankung, schwerem Unfall oder Altersentwicklung nicht

mehr selbst regeln kann. Dazu der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring: „In den letzten Jahren hat der Gesetzgeber die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine selbstbestimmte Zukunftsplanung geschaffen. Für die eigenverantwortliche und an eigenen Wünschen orientierte Gestaltung der persönlichen Vorsorge stehen nunmehr drei sichere Instrumente zur Verfügung: die Vorsorgevollmacht, die Betreuungsverfügung und die Patientenverfügung. Diese Broschüre will den Bürgerinnen und Bürgern einen ersten Einstieg in diese Themen ermöglichen. Zudem finden die Leser in der Mitte des Heftes verschiedene Vordrucke, die sie für ihre ganz persönliche Vorsorge nutzen können.“ Die Broschüre kann per E-Mail unter [pressestelle@cdu-landtag.de](mailto:pressestelle@cdu-landtag.de) bestellt werden.

## Lebhaftes Interesse zur Leipziger Buchmesse: Was heißt heute konservativ?



Das Buch „Was heißt heute konservativ?“ weckte auf der Leipziger Buchmesse großes Interesse. Herausgeber Mike Mohring, Ministerpräsident a.D. Dieter Althaus und der ehemalige Chefökonom der Deutschen Bank, Prof. Norbert Walter (im Bild r.), hatten den Sammelband auf der Leipziger Messe vorgestellt. Nach den gut besuchten Talkrunden in der LVZ-Autorenarena und im Sachbuchforum nahmen sich die Autoren viel Zeit für weitere Gespräche mit den Interessierten.

## Verschenkte Möglichkeiten der Bürgerarbeit

„Die Umsetzung des Bundesprogramms für Bürgerarbeit erfolgt völlig unzureichend. Gegenwärtig sind in Thüringen ganze 19 Teilnehmer in Maßnahmen der Bürgerarbeit. Das zeugt von Ignoranz und verschenkten Möglichkeiten“, kritisierte Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Auf ihre parlamentarische Anfrage hatte die Landesregierung mitgeteilt, dass bis zum 22. März 323 Anträge von Kommunen und freien Trägern gestellt wurden. Dazu gibt es derzeit 75 Bewilligungen vom zuständigen Bundesverwaltungsamt. 40 Anträge wurden abgelehnt, weil sie angeblich nicht gemeinnützig und zusätzlich sind. „Die Kriterien sind intransparent und die Entscheidungen oft nicht nachvollziehbar“, kritisierte die Abgeordnete. Daher sei zu befürchten, dass die Erwartungen vieler arbeitsloser Menschen nicht erfüllt werden können und das Projekt letztlich eine „Luftnummer“ bleibe.

## Freier Zugang zu Informationen

Die Linksfraktion hat jetzt dem Landtag ein Thüringer Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt, das im März in erster Lesung beraten wurde. „Unser Ziel ist es, Informationsfreiheit zu gewähren und die Zugangshürden zu Informationen, die bei Behörden und anderen öffentlichen Stellen vorliegen, erheblich abzusenken“, erklärte Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin. Das bisher in Thüringen existierende Informationsfreiheitsgesetz, das auf das bestehende Bundesgesetz verweist, müsse eher als „Informationsauskunftsverhinderungsgesetz“ bezeichnet werden. Im Jahr 2009 wurden lediglich 30 Anträge auf Informationszugang gestellt, von denen 18 abgelehnt wurden.

## „Uns eint, Thüringen zum modernsten Energieland zu machen“ Bodo Ramelow: Ausstieg aus der Atom-Energie unumkehrbar

Vor dem Hintergrund der Anteilnahme für die Opfer der Katastrophe in Japan, des Innehaltens und des Ernstnehmens der Sorgen der Menschen hatte Bodo Ramelow, Fraktionschef der LINKEN, in seiner Rede zur Regierungserklärung der Thüringer Ministerpräsidentin zur Energiepolitik im Landtag für „die ausgestreckte Hand“ gedankt. Ein gemeinsamer Weg sei beschrieben worden, man sei parteiübergreifend weitestgehend einer Meinung: „Uns eint, Thüringen zum modernsten Energieland zu machen – das heißt, die regionale, regenerative und dezentrale Energieerzeugung soll unser Markenzeichen werden“, betonte der Landespolitiker.

Der Ausstieg aus der Atomtechnologie müsse „unumkehrbar, dauerhaft und beschleunigt“ vorgenommen werden. Er erwarte entsprechende Schritte im Bundesrat und deutliche Si-

gnale der Landesregierung. Es gelte, „weg von der Makrotechnologie hin zur Mikrotechnologie“ zu kommen. Ziel müsse es sein, dass Thüringen soviel Energie, wie im Land verbraucht wird,

werden. Die LINKE hatte sich in den letzten Wochen, Monaten und Jahren immer wieder für den Ausstieg aus der Atomkraft eingesetzt. So waren Abgeordnete der Landtagsfraktion bei



auch selbst produziert. Dieser völlig anderen Logik und Grundphilosophie entsprechend müsse auch die Stromnetz- und Eigentümerstruktur umgestaltet

den Protesten bundesweit und in Thüringen vor Ort und hatten an den Mahnwachen (im Foto auf dem Erfurter Anger) teilgenommen.

## Einladung zur „Schicksalssinfonie“ kam sehr passend

Die Landtagsfraktion der LINKEN hatte sich kürzlich im Theater Rudolstadt das Stück „Die Schicksalssinfonie“ angesehen (im Foto die Kulturpolitikerin Dr. Birgit Klauert und der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow). Für die Fraktion ein Akt der Solidarität mit den Kulturschaffenden. Das Ensemble – Rudolstädter Schauspieler kooperieren mit den Symphonikern – spielt in der grandiosen Aufführung nämlich sich selbst: ein Orchester, das sich der drohenden Gefahr der Abwicklung ausgesetzt

sieht. Die Einladung aus Rudolstadt hätte nicht passender kommen können, so Birgit Klau-

muss erklären, wie er diesen Verlust an Lebendigkeit, Identität und nicht zuletzt Demokratie wettmachen will“. Weil Kulturförderung zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist, hat die Linksfraktion nun ein Modell vorgestellt, mit dem Kultur langfristig gesichert werden kann: den solidarischen Kulturförderausgleich. Die dazu aufgelegte Broschüre kann über die Fraktion und die Abgeordnetenbüros bezogen werden und ist unter [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de) als Download verfügbar.



## Kommunalabgabengesetz „führt zu Unfrieden in den Gemeinden“

Die neue Novelle des Thüringer Kommunalabgabengesetzes zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, mit der die Kommunen, die dies bisher noch nicht getan haben, verpflichtet werden, diese rückwirkend bis 1991 zu bescheiden, „führt zu Unfrieden in den Gemeinden“, hatte der Fraktionschef der LINKEN, Bodo Ramelow, in seiner Rede auf der Demonstration der Thüringer Bürgerinitiativen am 23. März vor dem Land-

tag gewarnt (s. Foto). Während das Gesetz am nächsten Tag mit der Landtagsmehr-

der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, der die Umwandlung der Straßenausbaubeiträge in eine Infrastrukturabgabe vorsieht, ab. In ihrer Resolution an die Landtagsfraktionen und die Landesregierung hatte die Bürgerallianz als Dachverband von über 100 Bürgerinitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben erneut die Abschaffung der Zwangsbeiträge für Abwasser- und Straßenausbaubauinvestitionen gefordert.



heit beschlossen wurde, lehnten die Koalitionäre den ebenfalls zur Schlussabstimmung anstehenden Gesetzentwurf

### SPD-Politikerin Pelke will bessere Bezahlung von Frauen

„Deutschland ist innerhalb der EU eines der Länder, in dem die Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen am größten sind. Das ist ein unhaltbarer Zustand“, sagte Birgit Pelke, die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag anlässlich des Equal-Pay-Day am 25. März. „Frauen sind in Deutschland mindestens genauso gut ausgebildet wie Männer; sie stellen 51 Prozent der Hochschulabsolventen. Dennoch verdienen sie im Schnitt ein Viertel weniger als Männer“, kritisiert die Frauenpolitikerin. Die Sche- re zwischen den Löhnen von Männern und Frauen schließe sich auch im Laufe des Berufslebens nicht, sondern gehe immer weiter auseinander.

### Schuldenbremse: Hessen geht den richtigen Weg

Positiv bewertet der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Uwe Höhn, das Votum der hessischen Wähler für die Einführung einer Schuldenbremse. „Dieses klare Votum der Bürger, die Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 umzusetzen, wird den verantwortlichen Politikern in Hessen auf dem schwierigen Weg der Haushaltskonsolidierung helfen“, ist sich Höhn sicher. Zwingend erforderlich sei die Änderung der hessischen Verfassung für die Einhaltung der Schuldenbremse allerdings nicht gewesen, da ohnehin ab 2020 die Schuldenbremse des Grundgesetzes für alle Bundesländer greife.

„Auch die SPD arbeitet dafür, dass Thüringen so schnell wie möglich keine neuen Schulden mehr macht. Ob es aber in den Jahren bis 2020 auf Grund des Auslaufens des Solidarpaktes II und der dramatisch zurückgehenden Bundes- und EU-Mittel immer möglich und auch sinnvoll ist, auf eine Kreditaufnahme zu verzichten, ist derzeit jedoch nicht abzusehen“, so Höhn.



### „Maps“ beeindruckend auf der Etage der SPD-Fraktion

Monumental sind einige der Kunstwerke der Gothaerin Bettina Schünemann (Foto, mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Döring), die derzeit auf der Etage der SPD-Fraktion zu sehen sind. Die Ausstellung der Künstlerin, die ursprünglich aus Niedersachsen stammt, trägt den Titel „maps“ (Karten). Durch ihre Teilnahme an Gruppenausstellungen sowie durch Einzelausstellungen hat sich Schünemann, die seit 1994 in Thüringen lebt, mittlerweile auch überregional einen Namen gemacht. Die Bilder können noch bis zum 3. Mai täglich von 9 bis 17 Uhr auf der Etage der SPD-Fraktion im Landtag besichtigt werden.

## „Thüringen braucht einen neuen Energiekonsens“

**Plenardebatte: SPD-Fraktionsvorsitzender Höhn fordert Umsteuern in der Energiepolitik**

**Vor dem Hintergrund der schrecklichen Ereignisse in Japan hat sich der Thüringer Landtag mit der Zukunft der Energieversorgung befasst.**

SPD-Fraktionschef Uwe Höhn stellte in seiner Rede zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin klar, dass der Thüringer Landtag nicht einfach zur Tagesordnung übergehen könne. Es sei traurig, dass es eines solch schrecklichen Ereignisses bedürfe, um eine erneute Energiedebatte anzustoßen.

Mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag machten die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP deutlich, wie ernst es ihnen mit einem energiepolitischen Neubeginn ist. Der Antrag fordert eine energiepolitische Zukunftsstrategie und einen deutlich verstärkten Ausbau von erneuerbaren Energien. Einzig die Grünen wollten sich nicht an diesem parteiübergreifenden Antrag beteiligen, was SPD-Fraktionsvorsitzender Höhn in seiner Rede bedauerte: „Die Bedeutung einer gemeinsamen Position über Parteigrenzen hinweg wäre es allemal wert gewesen, die Unterschrift nicht

zu verweigern.“ Thüringen soll der grüne Motor Deutschlands sein - so steht es bereits im Koalitionsvertrag von SPD und CDU. Diesem Votum schloss sich der SPD-Fraktionsvorsitzende nochmals nachdrücklich an. Er forderte aber: „Ein Mix

sem konkreten Handelns gehören beispielsweise die Vorhaltung von einem Prozent der Landesfläche für die Windkraft und der Bau der 380 kV-Trasse durch den Thüringer Wald. Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden ist klar, dass das hehre Ziel



Der SPD-Landtagsabgeordnete Frank Weber (Mitte) ist seit seiner Jugend ein Atomkraftgegner. Im vergangenen Jahr nahm er in Berlin an einer Anti-AKW-Demo teil.

aus allen Formen der erneuerbaren Energien ist notwendig – auch ein Mix aus zentralen und dezentralen Lösungen.

**Der Windkraftpark in der Nordsee ist ebenso wichtig, wie das kleine, durch die örtlichen Stadtwerke betriebene Kraftwerk vor der Haustür.“**

Höhn machte deutlich, dass nun konkretes Handeln gefragt sei, anstatt nur über die „Erneuerbaren“ zu reden. Zu die-

des Atomausstiegs und der Umstellung der Stromversorgung auf regenerative Energien auch mit Einschnitten verbunden sein wird. „Wir müssen uns auf höhere Strompreise einstellen. Aber nicht, weil die Stromkonzerne das wollen, sondern weil wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien neue Wege gehen müssen.“ Er forderte daher einen neuen Energiekonsens in Politik und Gesellschaft - auch und besonders in Thüringen.

## Steuererhöhung beschlossen Leidtragende sind die Eigenheimbesitzer

Gegen die Stimmen der FDP wurde in der Plenarsitzung im März eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 5 Prozent beschlossen. „Die Bürger werden dadurch zusätzlich belastet und die freie Marktpreisbildung behindert“, kritisierte der haushaltspolitische Sprecher Lutz Recknagel. Der Leidtragende sei der Häuslebauer, der diese Steuern zahlen müsse.



„Große Kapitalgesellschaften sind nämlich im Regelfall von der Grunderwerbssteuer nicht betroffen, die privaten Hausbesitzer aber schon“, so Recknagel. Für sie bedeute die Steuererhöhung um 43 Prozent eine „unmittelbare Wertminderung ihres privaten Besitzes“.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP Uwe Barth übte in der Debatte im Parlament Kritik an der Steuererhöhung. Diese sei umso schlimmer, als das Gesetz nicht im Kontext einer strukturellen Gesamtstrategie zur Haushaltskonsolidierung stehe, sondern als „isolierte Einzelmaßnahme“ beschlossen wurde. „Während die Regierungskoalition nur über neue Ausgaben streitet und keinen Willen zum Sparen erkennen lässt, winkt sie ein Steuererhöhungsgesetz durch. „Einnahmeerhöhung statt Sparen“ – das sei offenbar das finanzpolitische Motto der Regierungskoalition, so Barth.

## Die Schuldenuhr tickt FDP-Fraktion bringt Gesetzentwurf zur Schuldenbremse ein

Eine Schuldenuhr tickt seit dem 24. März im Thüringer Landtag – natürlich nur im übertragenen Sinn, denn die

Millionen Euro im Jahr wird der Schuldenberg 2011 voraussichtlich anwachsen. Das bedeutet: Auf jeden der 2.249.882

fassung und der Landeshaushaltsordnung wurden nach der Debatte im Landtag in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. „Wir werden eine Anhörung beantragen, um die Erfahrungen der Bundesländer mit einer Schuldenbremse in den Erkenntnisprozess der Regierungskoalition einfließen zu lassen“, kündigte Barth an.

„Die Schuldenbremse soll nach unseren Vorstellungen möglichst bald vom Parlament beschlossen und das erste Mal auf den Haushalt 2013 angewandt werden“, so Barth weiter. Deshalb werde man auf eine zügige Beratung im Ausschuss drängen. „Wesentlich ist, dass sofort darauf verzichtet werden muss, neue Schulden aufzunehmen, da jeder Euro Schulden hohe Zinszahlungen in jedem folgenden Jahr verursacht und zudem auch irgendwann zurückgezahlt werden muss“, so der Fraktionsvorsitzende.

Für den Haushalt 2012 werde die FDP-Fraktion deshalb wie schon bei den Haushalten 2010 und 2011 auf einen Neuverschuldungsverzicht dringen.



Anzeige kann wegen der großen Summe von rund 16,2 Milliarden nur digital erfolgen. „Wir wollen damit der Landesregierung den Spiegel vorhalten und sie an ihr Versprechen zum Schuldenabbau erinnern“, erklärte der Fraktionsvorsitzende der FDP Uwe Barth anlässlich der Vorstellung der Uhr (im Bild links mit dem haushaltspolitischen Sprecher Lutz Recknagel). Um 15 Euro pro Sekunde, rund 54.000 Euro in der Stunde und etwa 472

Thüringer Bürger kommen damit 7.193 Euro Schulden. Die FDP-Landtagsfraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf zur Aufnahme einer Schuldenbremse in die Verfassung eingebracht. „Wenn es die Regierungskoalition wirklich ernst mit dem Sparen meinen, müssten sie unserem Gesetzentwurf zustimmen“, bekräftigte Uwe Barth seine Forderung. Die FDP-Gesetzesentwürfe zur Änderung der Thüringer Ver-

## Bundesstaatssekretär informierte sich in Thüringen Untermann: „Mit attraktiver Schienenverbindung in Ost-West-Richtung den Freistaat als Drehscheibe des Schienenverkehrs stärken.“

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke (FDP), besuchte am 10. März die FDP-Landtagsfraktion, um sich über aktuelle Thüringer Probleme im Bereich der Verkehrspolitik zu informieren. Zwei Themen lagen den Thüringer Liberalen dabei besonders am Herzen: die Mitte-Deutschland-Verbindung, mit der ein Anschluss Thüringens an die Hochgeschwindigkeitsverbindung München-Berlin sichergestellt werden soll, und die B 62 Werraquerung bei Bad Salzungen.

„Die schnelle Verbindung zwischen München und Berlin ist für Thüringen ein substantielles Verkehrsprojekt“, erklärte der verkehrspolitische Sprecher Heinz Untermann. Allerdings sei es mindestens ebenso wichtig,

dass man auch die Knotenpunkte erreichen könne, mahnte der FDP-Verkehrsexperte an. Deswegen müssten die Regionalbahnen mit kurzen Taktzeiten dafür



sorgen, dass das Thüringer Land Anschluss an die Knoten bekomme. „Der Erfurter Bahnhof ist darauf sehr gut vorbereitet“, so Untermann. Davon konnte sich auch der Staatssekretär bei einer Begehung mit den beiden Thüringer FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Peter Röhlinger und Patrick Kurth überzeugen

(Foto). Zuvor trafen sie sich mit dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für den Freistaat Thüringen, Volker Hädrich, zum Gespräch über die Mitte-Deutschland-Verbindung. „Die Anbindung der Städte Weimar, Jena und Gera an die neue ICE-Strecke ist enorm wichtig“, warb der liberale Verkehrspolitiker Untermann für den zweigleisigen Ausbau der Strecke zwischen Weimar und Gera. Zunächst

müsse Baurecht geschaffen werden, dann erst könnten Haushaltsmittel des Bundes eingestellt werden, stellte Staatssekretär Mücke klar. Weitere Themen bei dem Besuch waren die B 62 Ortsumgehung von Bad Salzungen und der Lückenschluss der A71 bei Sömmerda.



## Kein Zurück möglich

Japan ist von der schwersten Naturkatastrophe in seiner Geschichte getroffen worden und die Überlebenden in den Katastrophengebieten kämpfen mit den Folgen. Alle sind jetzt aufgerufen, den Menschen dort auf jede erdenkliche Weise zu helfen.

Hinzu kam, dass sich im AKW Fukushima die schlimmsten Befürchtungen im Bezug auf die Nutzung der Atomkraft bewahrheitet haben. Die Nachrichten und Bilder haben uns sehr betroffen gemacht und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in

ihrer kritischen Haltung bestätigt. Der schnellstmögliche und endgültige Ausstieg aus der Atomkraft gehört zu den Grundforderungen der Partei. Hinter diese gibt es kein Zurück, deshalb war auch keine Zustimmung zum gemeinsamen Entschließungsantrag der anderen Fraktionen möglich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN standen und stehen konsequent hinter ihren Forderungen: sofortige Abschaltung der sieben ältesten deutschen AKW und des Pannenberg-Atomkraftwerks, Zurücknahme der

Laufzeitverlängerung sowie die unverzügliche Inkraftsetzung des kerntechnischen Regelwerkes von 2009. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen auch hier für eine verlässliche und beständige Politik.

## MDV: Die Zeit drängt

Die Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV), vom Ruhrgebiet bis nach Sachsen reichend, bleibt weiter ein Sorgenkind. Besonders auf der stark genutzten Strecke zwischen den größten Städten Thüringens verhindern eingleisige Abschnitte einen kundengerechten Betrieb.

„Die Verantwortung für diese vordringliche Maßnahme wird immer wieder hin und her geschoben. Doch die Zeit drängt“, sagt die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Jennifer Schubert. „Sollte der ICE-Verkehr tatsächlich ab 2017 nur noch über

Erfurt laufen, wäre die Region Jena vom Bahn-Fernverkehr abgeschnitten. „Die bündnisgrüne Fraktion hatte daher einen Antrag ins Plenum eingebracht, der zum einen forderte, die Planungen voranzutreiben. Zum anderen sollte die Landesregierung alternative Finanzierungen für Strecken in Thüringen prüfen, falls die Finanzierung durch den Bund doch nicht zustande kommen sollte. Beispiele dafür gibt es bereits.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen nun darauf, dass schnell das für weitere Entscheidungen nötige Baurecht geschaffen wird.



*Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat bei der Stadtwerke Erfurt GmbH ihre Tour durch Thüringer Stadtwerke begonnen. Bei den Treffen geht es unter anderem um die Umstellung auf Erneuerbare Energien und die Rekommunalisierung der Betriebe. Gemeinsam mit den Stadtwerken soll ein landesweites Energiekonzept entstehen.*

## Abschaffung der Abschiebungshaft – EU-Rückführungsrichtlinie umsetzen

**Astrid Rothe-Beinlich: Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis sind keine StraftäterInnen**

„Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis sind keine StraftäterInnen und dürfen deshalb auch nicht als solche behandelt werden. Das fordert nicht zuletzt die seit 2008 festgeschriebene EU-Rückführungsrichtlinie. Die Inhaftierung in einem Abschiebegefängnis

wird jedoch seitens der Gerichte in Thüringen noch viel zu häufig ohne Not angeordnet. Sie stellt insbesondere für Kinder und Jugendliche, Schwangere, Ältere, Behinderte oder für traumatisierte Flüchtlinge eine unzumutbare Belastung dar. Dass Abschiebungsh-

haft den betroffenen Menschen unnötiges Leid zufügt und körperliche und seelische Gesundheit beeinträchtigt, zeigte uns nicht zuletzt die Jesuiten-Flüchtlingsstudie. Wir forderten daher die Landesregierung auf, sich per Bundesratsinitiative für die Abschaffung

der Abschiebungshaft einzusetzen und bei den zuständigen Behörden im Freistaat für eine zügige Lockerung der Vorgaben zu sorgen. Leider wurde der Antrag abgelehnt“, sagt die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.



*Zum Equal Pay Day am 25. März sammelte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Unterschriften für ein Ende der Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen. „Die schönen Reden zum 100. Jubiläum des Frauentages reichen nicht aus, um die Situation zu ändern“, sagt die Fraktionsvorsitzende Anja Siegesmund. „Es ist Zeit, endlich zu handeln.“*

## Herausforderung annehmen, Chance nutzen

Wer aus der Atomkraft aussteigen will, muss die Erneuerbaren Energien ausbauen.

Für Thüringen gilt dies insbesondere. Unser Ziel, bis 2050 den derzeitigen Strom-Jahresverbrauch von zirka 53 828 Terrajoule erneuerbar und im Land selbst zu produzieren, ist hoch gesteckt. Aber auch eine riesige Chance, denn derzeit werden über 90 Prozent des Stroms importiert. Diese Wertschöpfung in Thüringen zu realisieren, wäre ein enormer wirtschaftlicher Vorteil.

Skeptiker aber sehen vor allem Schwierigkeiten. Sie erwarten eine Stromlücke und immensen Kosten. Dabei wird häufig auf eine Analyse des Sachverständi-

genrats für Umweltfragen verwiesen, nach der 1455 Milliarden Euro in „die grüne Stromherstellung“ investiert werden müssten. Eine unvorstellbar hohe Zahl. Aber bei genauer Betrachtung schmilzt sie. Denn sie beinhaltet alle Investitionen der nächsten 40 Jahre, also auch die Erneuerung des gesamten Kraftwerksparks. Die steht aber sowieso an.

Darum gilt es, die enorme Herausforderung anzunehmen – und die riesige Chance zu nutzen. Es wird keine Stromlücke und keine unbezahlbaren Energiepreise geben. Wenn wir auf Erneuerbare Energien umstellen, wird es nur eine Lücke geben: in den Gewinnen der vier Energieriesen.

## Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen  
www.bueb.thueringen.de  
Tel.: 0361 37 71871  
Fax: 0361 37 71872  
Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz  
www.thueringen.de/datenschutz  
Tel.: 0361 37 71900  
Fax: 0361 37 71904  
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR  
www.thueringen.de/tlstu  
Tel.: 0361 37 71951  
Fax: 0361 37 71952  
Mail: tlstu@t-online.de

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Thüringer Landtag  
Pressestelle  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Redaktion:**  
Dr. Detlef Baer

**Satz und Layout:**  
Ines Born

**Druck:**  
Thüringer Druckhaus  
Gast & Frisch GmbH,  
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die Fraktionen und Beauftragten verantwortlich.

Der Landtagskurier erscheint monatlich.  
Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006  
Fax: 0361 37 72004

poststelle@landtag.thueringen.de  
www.thueringen-landtag.de



## Die Bürgerbeauftragte

### Übergabe des Jahresberichtes 2010

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Silvia Liebaug, hat am 30.03.2011 der Präsidentin des Thüringer Landtags, Birgit Diezel, ihren Bericht über die Tätigkeit für das Jahr 2010 übergeben. Dieser Bericht ist auch im Internet unter [www.bueb.thueringen.de](http://www.bueb.thueringen.de) veröffentlicht und steht damit auch allen Interessierten zur Verfügung.

Nach wie vor machen die Bürgerinnen und Bürger zahlreich von ihrem Recht Gebrauch, sich

mit ihren Fragen und Anliegen an die Bürgerbeauftragte



zu wenden. Im Jahr 2010 wurden der Bürgerbeauftragten insgesamt 764 Anliegen vor-

getragen, dies sind 110 Anliegen mehr als im Vorjahr. Auch die auswärtigen Bürgersprechstunden im Land werden von den Bürgern gut besucht. Dies ist ein Zeichen dafür, dass man mit der Bürgerbeauftragten ins Gespräch kommen will. Im Rahmen der Vorstellung des Jahresberichtes 2010 schätzte die Bürgerbeauftragte ein, dass ihre Vermittlungsaufgabe zwischen Bürger und Verwaltung zunehmend an Bedeutung gewinnen wird.

## Der Datenschutzbeauftragte

### Unabhängigkeit der Datenschutzkontrollbehörden

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 09.03.2010 (Az.: C-518/07) zur Unabhängigkeit der Datenschutzkontrollbehörden ist in Thüringen im öffentlichen Bereich (TLfD) weitgehend durch das Thüringer Datenschutzgesetz umgesetzt. Anders sieht dies jedoch beim Thüringer Landesverwaltungsamt als Datenschutzaufsichtsbehörde für den nicht-öffentlichen Bereich aus. Hier besteht nach wie vor eine uneingeschränkte Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht durch das Thüringer Innenministerium. Zur Umsetzung des EuGH-Urteils sind unterschiedliche Modelle vorstellbar. Auf der Datenschutzkonferenz am 16./17.03.2011 wurde hierzu festgestellt, dass in etwa drei Viertel der Länder eine Zusammenlegung der Aufsichts-

behörde für den nicht-öffentlichen Bereich mit den jeweiligen Landesdatenschutzbeauftragten praktiziert wird. Einen entsprechenden Gesetzesvorschlag hat im Thüringer Landtag die FDP-Fraktion eingebracht (Drs. 5/1890). Der TLfD bewertete in einer Stellungnahme an den Innenausschuss die beabsichtigte Übertragung der Kontrolle über die nicht-öffentlichen Stellen positiv, da dies zu Synergieeffekten führen dürfte und eine einheitliche Stelle als Ansprechpartner für die Belange des Datenschutzes bürgerefreundlicher wäre. Die vom EuGH geforderte Unabhängigkeit der Datenschutzkontrollstellen ist nur dann gewährleistet, wenn keine Rechts- und Fachaufsicht über die Kontrollstelle besteht, allenfalls eine

eingeschränkte Dienstaufsicht ausgeübt wird, die derjenigen über die Richter entsprechen könnte und die notwendige Entscheidungshoheit bei Personal, Haushalt und der eigenen Organisation gewährleistet ist. Einer Pressemitteilung vom 02.03.2011 war zu entnehmen, dass die Innenminister von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen beabsichtigen, für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich eine gemeinsame mitteldeutsche Kontrollinstitution zu schaffen, ohne dies näher zu erläutern. Welches Modell letztlich in Thüringen etabliert wird, ist derzeit noch unklar. Um Strafzahlungen zu vermeiden, muss die Kontrollstruktur jedoch zeitnah nach den Vorgaben des EuGH umgesetzt werden.

## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### Neue Beratungsangebote

Die Beratung und Begleitung von Menschen, die von SED-Unrecht betroffen waren, ist der Landesbeauftragten das wichtigste Anliegen.

Noch immer gibt es jeden Monat Anfragen von Menschen, die sich bisher an das Thema des in der DDR erlebten Unrechts nicht herangewagt haben. In den drei Büros der Landesbeauftragten in Erfurt, Gera und Suhl können jederzeit Termine vereinbart werden. Neben der Beratung zur Stasi-Akten-einsicht berät die Behörde zu Fragen, die sich um die Aufhebung von Unrechtsurteilen, den Ausgleich von Rentennachteilen durch politische Verfolgung und Ausgleichsleistungen für gesundheitliche Folgeschäden

von politischer Verfolgung drehen. Die Beratungsangebote konnten nun sogar erweitert werden. Der Arbeitskreis Missbrauch/Misshandlung in Kinderheimen der DDR hat die Einrichtung einer Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder empfohlen. Sie soll helfen, Unterlagen zum Heimaufenthalt zu finden, soll zu Rehabilitierungsfragen beraten und auch Wege zu anderen notwendigen Hilfen weisen. Die Beratungsstelle konnte schon am 1. März ihre Arbeit aufnehmen. Manfred May ist Ansprechpartner und zu erreichen von Dienstag bis Freitag in der Außenstelle der TLStU in 98527 Suhl, Hölderlinstraße 1, Tel. 03681/734 691 oder 0160/953 806 55.

„Ich bin dem Sozialministerium sehr dankbar, dass hier unkompliziert, schnell und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit eine solche Lösung gefunden werden konnte“, sagte Neubert. Da Manfred May nun weniger Zeit für die Beratungsinitiative hat, sind wir sehr dankbar, dass Manfred Buchta dafür gewonnen werden konnte. Das Bürgerkomitee Thüringen e.V. ist Träger der Stelle, die ebenfalls vom Sozialministerium und von der Bundesstiftung Aufarbeitung finanziert wird. Herr Buchta ist Montag und Donnerstag in der TLStU-Außenstelle in 07545 Gera, Puschkinplatz 7 (Behördenhaus) erreichbar, Tel. 0365 / 8223 1204.